

in der Regel mehr zugunsten kommen werden kann, ist vollzogen worden, auch wenn man sie nicht direkt formuliert hat. Die wesentlichen und ersten Bedingungen für die Wiederverkehr des Vertrauens sind geschaffen. Im Vergleich zu diesem Ergebnis können und müssen alle anderen Dinge, wie die technisch-juristische Formulierung und selbst die Schlichtung Deutschlands als ihrer Bedeutung nach gleichrangig bezeichnet werden.

Fest muß das Abrüstungsproblem gelöst werden!

11. Rom, 8. Juli.

Das Blatt des Vatikan, der „Osservatore Romano“, würdigt in einem Leitartikel das Ergebnis der Konferenz von Lausanne und schreibt:

Auf dem wohlwollenden Weg zum Wiederaufbau der Welt — und nicht nur zum materiellen — ist das glückliche Ergebnis dieser Konferenz als ein Ergebnis von besonderer Wichtigkeit zu betrachten. Die übertragende Idee des Vertrauens auf die gegenseitigen Schulden hat eine ebenso glänzende als nützliche Befähigung erfahren, der die öffentliche Meinung der ganzen Welt zustimmt. Das Blatt erinnert dann an die vielen Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu diesem friedlichen Ziel überwinden werden mußten und zitiert verschiedene päpstliche Rundgebungen, in denen Pius XI. bereits am Vorabend der Genuefer Konferenz und im Juni 1923 gegen die Abrüstungs- und Forderungen der Gläubiger Stellung genommen hatte, die nicht nur dem Schuldner, sondern auch den Gläubigern selbst nicht wieder gut zu machen den Schaden verursachen würden und außerdem für ganz Europa als schmerzhaftes Beispiel die Gefahr sozialer Störungen mit sich brächten.

Unter Bezugnahme auf die letzten Weihnachts- und Gebete des Papstes schreibt „Osservatore“ weiter:

Wenn heute bei dem verheißungsvollen Ausgang der Arbeit von Lausanne ein barmherziger und fester Eingriff Gottes in sozialer Unfähigkeit und Geringfügigkeit menschlicher Fähigkeiten zu erkennen ist, so ist die allgemeine Genugtuung wegen der bereits erzielten Ergebnisse wie auch im Hinblick auf die weiteren Ermahnungen, die unfehlbar zur Verwirklichung und der Verwirklichung der heutigen kommen müssen, mehr als je berechtigt. Die in Lausanne vertretenen Regierungen verdienen Dankbarkeit und allgemeine Anerkennung. Sie waren vom gleichen Willen befeuert, das außerordentlich ernste Problem nicht länger ungeklärt zu lassen. Nach würdiger Wiedergabe der politischen Präambel, die eine neue festerliche Friedensbestätigung darstellt, gibt „Osservatore Romano“ der Hoffnung Ausdruck, daß der gute Stern von Lausanne auch bei der Genuefer Abrüstungskonferenz wirksam werden möge. Das Abrüstungsproblem verlangt eine nicht weniger dringende und radikale Lösung als das Reparationsproblem. Ja, für die Abrüstung ist ein noch stärkeres Gefühl des Vertrauens und ein noch tieferer Gerechtigkeitsginst nötig. Der zur Genuefer Abrüstungskonferenz Lausanne eröffnete große Möglichkeiten. Man mußte auf diesem Weg weiterarbeiten, die Arbeit sei freilich noch riesengroß.

Eine Erklärung Washingtons.

WTB Washington, 8. Juli.

Das Staatsdepartement veröffentlicht folgende Erklärung:

Die amerikanische Regierung ist erfreut darüber, daß die in Lausanne verammelten Nationen eine Vereinbarung zur Reparationsfrage erzielt und damit einen großen Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage Europas getan haben.

Sinnfälligerweise der Frage der von den europäischen Regierungen den Vereinigten Staaten als Kriegsschulden geschuldeten Beträge ist keine Veränderung in der Haltung der amerikanischen Regierung eingetreten, die mit aller Deutlichkeit in der Erklärung des Präsidenten vom 20. Juni v. J. zur Angelegenheit des Moratoriums für die von Regierung zu Regierung geschuldeten Beträge dargelegt worden ist.

Unterstaatssekretär Caste hat gestern in der Pressekonferenz eine Neuerung gemacht, wonach man sich verständlich mit den alliierten Schuldnerstaaten verhandeln würde, wenn sie eine Einigung über die Schulden mit Amerika zu beginnen wünschten. Diese Bemerkung, die durchaus nicht Neues brachte, aber von einigen übertriebenen Korrespondenten als Einladung Amerika an Europa aufgefaßt wurde, hat, wie zu erwarten war, in heißen parlamentarischen Reden in der von diesen Korrespondenten kolportierten Form starken Unwillen erregt. Sie hat gerade die Wirkung erzeugt, die die Regierung vermeiden wollte, nämlich daß

die demokratischen Senatoren und Abgeordneten sich im Hinblick auf die bevorstehende harte Wahlkampagne gegen jeden Schritt Hoover's entschieden und sich ihre parteipolitische Einstellung auch für die Zeit nach den Wahlen im November festlegen würden.

Zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit.

Staatsratsbeschlüsse.

11. Berlin, 9. Juli.

Der Preussische Staatsrat nahm am Sonnabend gegen Kommunisten und Sozialdemokraten ein umfangreiches Programm zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit an, das die Ausschüsse vorbereiteten und das durch einen Zentrumsantrag angeregt worden war. In dem angenommenen Ausgussprogramm heißt es, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom Jahre 1927 genügt nicht, um den Ausbreitungen der Geschlechtskrankheiten in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken, weil die neue Formulierung des § 361 Abs. 2 des Strafgesetzbuches unzulänglich ist. Diese Formulierung besage, daß mit Haft bestraft werde, wer öffentlich in einer Stille und Unruhe verhandelnde oder andere befehlende „Beile“ zur Unkeuschheit anleitet oder dazu auffordert. Der Staatsratsbeschluss wünscht, daß die Bestrafung des öffentlichen Kezels nicht nur auf die Unkeuschheit beschränkt werde und folgende Fassung maßgebend sei: „Mit Haft wird bestraft, wer öffentlich zur Unkeuschheit anleitet oder dazu auffordert.“

Weiter spricht der Mehrheitsbeschluss des Staatsrates von Mängeln des Reichsgesetzes für

Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmuggeleien.

Nach der bisherigen Fassung können nur wenige der Schriften bestraft werden, die geeignet seien, die Jugend zu gefährden und Abweichungen in den Überzeugungen zu erzeugen. Das Gesetz, das bei den Verfassern zu unzulänglich ist, das Staatsrat verlangt daher in dem Mehrheitsbeschluss eine Erweiterung dieses Reichsgesetzes, dahin, daß alle Schriften, Abhandlungen und Darstellungen, die geeignet sind, die heranwachsende Jugend geistig oder sittlich zu gefährden, den Verfassern des Gesetzes unterworfen werden.

Hoover hatte bekanntlich durchgesetzt, daß die Frage der Kriegsschulden nicht im Programm der republikanischen Partei erwähnt wurde, und man hatte gehofft, daß diese Frage aus der Parteipolitik heraus zu bleiben würde. Es zeigt sich aber die oben erwähnte Presseinterpretation, die nach Meldungen aus Europa dort enthusiastisch aufgenommen wurde, während sie im Bundeskongress erneut eine Verteilung der Opposition gegen Kongressionen an Europa hervorrief, gab Unterstaatssekretär Caste heute eine formelle Erklärung aus, in der die Einigung in Lausanne im Interesse der Stabilisierung Europas begrüßt, gleichzeitig aber Inbezug auf die Kriegsschulden der Alliierten betont wird, daß die Haltung Amerikas unverändert sei, und man nach wie vor auf dem Standpunkt der Hoover-Erklärung vom 20. Juni 1923 stehe, welche eine Streichung der alliierten Schulden ablehnte, eine völlige Trennung der Reparationen von den alliierten Schulden erneut feststellte und als Maßstab für die Beurteilung der Verträge mit den Alliierten die jeweilige Zahlungsfähigkeit der Alliierten bezeichnete. Die amerikanische Regierung ist also nach wie vor bereit, Anträge auf Herabsetzung der Schulden der Alliierten wohlwollend zu prüfen.

Wiederum muß die neue Regelung des Reparationsfrage endgültig in Kraft gesetzt sein.

Bis zu den Novemberwahlen sind der amerikanischen Regierung die Hände gebunden, da sie ohne Zustimmung der beiden Häuser des Kongresses nichts unternehmen kann. Eine Erörterung dieser Frage aber würde jetzt vor den Wahlen parteipolitisch sowohl zum Schaden Hoover's als auch zum Schaden der alliierten Schuldner ausgeschaltet werden.

Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.

11. Berlin, 10. Juli.

Reichskanzler von Papen und die übrigen Mitglieder der deutschen Abordnung für die Lausanner Konferenz trafen am Sonntag um 13.45 Uhr mit dem fahrplanmäßigen RPD-Zug aus Lausanne wieder in Berlin ein. Zur Begrüßung hatten sich auf dem Anhalter Bahnhof der Reichsinnenminister als Vertreter der Reichsministerien sowie u. a. die Staatssekretäre Trenkelburg,

Jarden und Pfand eingefunden. Aus der Mitte einer etwa 100köpfigen Menge erschollen Hoch- und Bravorufe, als der Kanzler in Begleitung des Reichsinnenministers den Seitenausgang des Bahnhofs verließ. Nachdem die Photographen ihres Amtes gewaltet hatten, legten sich die Kraftwagen nach der Wilhelmstraße in Bewegung.

Wie wir erfahren, steht nunmehr fest, daß der Reichskanzler dem Reichspräsidenten am Donnerstag über Ergebnisse und Verlauf der Lausanner Konferenz Bericht erstatten wird. Der Kanzler beabsichtigt, am Mittwochabend nach Neudorf zu reisen.

Bezeichnende Asta-Wahlen.

11. Breslau, 8. Juli.

Bei den Asta-Wahlen an der Universität erhielten die Nationalsozialisten 14 Sitze (gegenüber vorher 28). Die katholischen Korporationen, die sich seit längerer Zeit zum ersten Male wieder beteiligten, belegten 12 Sitze. Die Liste Schwarz-Weiß-Rot, die erstmals auftrat, konnte infolge der hohen Wahlbeteiligung nur in Wladawitz erringen. Sie wird aber wahrscheinlich ihre zahlreichen Wählerstimmen infolge Vorkandidatur an drei Werten Rubenscher Verbände abgeben, jedoch diese mit je einem Sitz in die Kammer einrücken.

Gegen Radikalismus.

Dr. Wirth in Schneidemühl.

(1) Schneidemühl, 8. Juli.

Die hiesige Zentrumspartei eröffnete den Wahlkampf mit einer großen Kundgebung, auf der Dr. Wirth sprach. Dieser Wahlkampf, so führte er u. a. aus, sei ein großer Appell an das Gewissen aller Deutschen, an den freien Staatsbürger. Das wichtigste sei jetzt, die deutsche Einheit zu retten; denn wenn sie verloren gehe, dann sei auch die deutsche Freiheit verloren. Gerade in den deutschen Grenzländern hätte man es am nötigsten, Demokrat zu sein. Es müsse eine Abwehr geschaffen werden, an deren Halsband sich die trübten Schammuten des Radikalismus brechen. Der Redner ging dann auf die Vorgänge ein, die am Sturz des

Kabinetts Brüning führten und fuhr fort, das deutsche Volk müsse immer wieder an konstitutionellen Gegenständen wieder anknüpfen. Das Zentrum sei jederzeit zu einer positiven Mitarbeit in der Regierung bereit. Das Zentrum wolle mit allen, die guten Willens seien, zusammenarbeiten. Die Zentrumspartei wolle einen Staat der bürgerlichen Toleranz; eine feste demokratische Grundlage müsse nicht durch Zerkünder, sondern durch Erneuerung an Haupt und Gliedern gewonnen werden. Nur Liebe und Geduld könnten diesen Weg gehen, der dem Volk und der deutschen Freiheit entgegenführe.

Keine Koalitionsgespräche in Hessen.

11. Darmstadt, 9. Juli.

Von führender Zentrumsseite wird entgegen den von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptungen erklärt, es sei weder zutreffend, daß wochenlange Verhandlungen zur Regierungsbildung in Hessen geführt wurden, noch daß Prälat Kaas, der kürzlich schwer erkrankt ist, in Darmstadt gewesen sei.

Schwere Zusammenstöße im belgischen Streikgebiet.

11. Brüssel, 10. Juli.

In der Nacht zum Sonntag ist es im belgischen Streikgebiet mehrfach zu schweren Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und den Streikenden gekommen. In Mons, Charleroi, La Louvière und anderen Orten mußte die Polizei mehrfach mit blauer Waffe gegen die Streikenden vorgehen. Bei den Zusammenstößen wurden fünf Gendarmen und neun Streikende zum Teil schwer verletzt. In Marcinelle am Pont brangen Streikende gegen die Wille der Direktoren einen Bergwerksbesitzer vor und setzten sie in Brand. Die Gendarmerie konnte erst nach vieler Mühe die Ordnung wieder herstellen und die Anfechtung von etwa 6000 Streikenden auseinander treiben. Auch hier gab es mehrere Verletzte. 12 Streikende konnten verhaftet werden. Als belgische Gendarmen heute nachmittag vor dem Volkshaus in Solimont Demonstrationen zu sehen wollten, wehrten sich diese mit Knütteln und aus den Fenstern des Volkshauses ging ein wahrer Hagel von Biergläsern auf die Gendarmen nieder. Die Gendarmen stellten die Ordnung wieder her. Einige Personen wurden leicht verletzt. Streikende ziffen einen Teil der Straße Mons-Dampremy auf. Gendarmen mußten mehrmals mit blauer Waffe gegen sie vorgehen, um sie zu vertreiben. Einige Streikende wurden durch Schießverletzungen verletzt. Die Streikführer machen alle Anstrengungen, die Bewegung auch nach Brüssel zu tragen, wo die Kommunisten mehrere Versammlungen unter freiem Himmel abhalten wollten, die jedoch von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Die Regierung ist der Ansicht, daß die Streikbewegung einen revolutionären Charakter trägt. Die Gendarmerie im Unruhebezirk ist weiter verstärkt worden. Die Provinz Hennegau macht den Einbruch eines Landes unter Belagerungszustand. Der Streik hat nunmehr auch die Seidenfabriken von Tulle und die Eisenwerke von Chabecq in der Grafschaft Brabant ergriffen. In der Stadt Mons wurde der Belagerungszustand erklärt. Die Polizei durchkäufte mit Maschinengewehrfeuer die Straßen.

Die Lage hat die Entsendung von Truppen erforderlich gemacht. Aus Mechelen ist ein Regiment nach Mons abgegangen, ein weiteres Regiment ist aus Lüttich nach Charleroi verlegt. Genietruppen werden zur Verstärkung von Ostfriesland bereitgehalten. Vertreter der Grubenbesitzer und der Belagerten haben sich dem Arbeitsminister gegenüber eine Fortsetzung der Verhandlungen ausgesprochen. Wie die belgische Telegraphen-Agentur weiter zu berichten weiß, konnten zahlreiche geheime Schriftstücke beschlagnahmt werden, darunter eine umfangreiche Korrespondenz mit Moskau. Aus dem Material soll sich ergeben haben, daß es sich bei dem Streik um eine wohl vorbereitete Aktion handelt, bei der auch die kommunistischen Parteien anderer Länder mit herangezogen werden sollten; so habe die kommunistische Parteileitung in Brüssel von den Kommunisten in Holland die Entsendung von Genossen zur Unterstützung verlangt. Ebenso sei ein Zusammenarbeiten mit französischen Kommunisten geplant gewesen.

Fünf Frauen erdroffelt.

11. TU Belgrad, 10. Juli.

Wie das „Deutsche Volksblatt“ aus Belgrad an der südbalkanischen Grenze meldet, wurden dort im Laufe von wenigen Tagen fünf Frauen erdroffelt. Die Frauen wurden in einem Waldhain in der Nähe der Stadt überfallen und auf das grausamste mißhandelt und schließlich ermordet. Das letzte Opfer wurde nur durch Zufall aus den Händen des Mörders errettet. Ein starkes Gendarmereingebot durchkreuzt die Gegend, um den etwa 35jährigen Luftmörder zu fassen.

Ein schweres Eisenbahnunglück in der Türkei.

11. Angora, 9. Juli.

Bei Eski-Schehir auf der Straße Konstantinopel-Angora ist ein Personenzug entgleist. Dabei wurden 19 Personen getötet und 17 schwer verletzt. Bei dem Unglück ist die Lokomotive mit 13 Waggons umgekippt. Schwebende Personen liegen noch unter den Trümmern des entgleisten Zuges.

Dermische Nachrichten.

11. Bromberg, 10. Juli. Am Donnerstag wurde Tuschel und Umgebung von einem außerordentlich heftigen Gewitter heimgesucht. Infolge von Blitzschlägen sind insgesamt acht Personen, darunter zwei Kinder, umgekommen. An einigen Plätzen gerieten auch mehrere Häuser in Brand. U. a. wurde in der Ortschaft Drozdowicz ein Hofgebäude eingestürzt. — Im Dombrowaer Revier wurden durch Blitzschläge fünf Personen auf der Stelle getötet und sechs schwer verletzt.

Grubenunglück in den Vereinigten Staaten.

(1) New York, 9. Juli. In Adamsburg (Pennsylvania) ereignete sich auf der Hauptstraße des John Carr Kohlenbergwerks ein schweres Unglück. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden 10 Bergleute getötet. Weitere 10 Bergarbeiter wurden verletzt. Die Staatspolizei sperrte die Grube ab. Rettungsmannschaften sind unterwegs.

Sechs Tote bei einem Autounfall in der Schweiz.

(1) Sitten (Aostatal), 10. Juli. Ein mit sechs Personen besetzter Kraftwagen stürzte heute aus noch nicht geklärter Ursache im Giffenthal die tiefe Felsung hinab. Fünf der Insassen wurden auf der Stelle getötet, der sechste erlag kurz nach dem Unfall seinen Verletzungen.

Von der radikalen Kampffront.

Wieder ein Toter und mehrere Schwerverletzte in Duisburg.

11. Duisburg-Sandborn, 10. Juli.

Politische Gegner versuchten am Samstagabend einen Aufmarsch der NSDAP im Stadtteil Sandborn durch Hindernisse aufzubauen. Zwei Zugelieferer, die die Hindernisse ausbauen wollten, wurden durch Schüsse schwer verletzt. Die dem Zuge vorangehenden politischen Sicherungsmannschaften wurden aus verschiedenen Häusern beschossen, wobei fünf die Beamtengewaltigen saßen, das Feuer zu erwidern. Auch im Stadtteil Wargloh waren Hindernisse aufgebaut worden. Die Polizei wurde auch hier bei der Säuberungsaktion beschossen. Sie erwiderte das Feuer. Dabei wurden zwei Personen lebensgefährlich verletzt, ein dritter Verletzter ist im Laufe der Nacht im Krankenhaus gestorben. Im Stadtteil Neumühl wurde eine Gruppe von Nationalsozialisten von Kommunisten beschossen. Vier Nationalsozialisten erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Heute früh entwickelte sich im Stadtteil Hochfeld eine schwere Schlägerei zwischen Anhängern extremer politischer Richtungen. Dabei wurde ein Nationalsozialist so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Blutige Kämpfe in Wuppertal.

11. Wuppertal, 9. Juli.

Samstag nacht kam es in Elberfeld verheerendst zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Hierbei wurden zwei Kommunisten durch Unterfeuer erschossen und ein Kommunist durch Messerstiche am Kopf verletzt. Ein Nationalsozialist, der ein 40 Zentimeter langes Rasiermesser bei sich führte, wurde festgenommen. Bei weiteren Zusammenstößen in der Südstadt zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurde auch geschossen. Die Polizei nahm einen befehligen Schützen, einen Nationalsozialisten, in einer Witzschäft fest. Bei Kommunisten wurde ein Dolch gefunden. Nach Mitternacht kam es wieder zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei zwei Nationalsozialisten durch Stiche erheblich verletzt wurden.

Nationalsozialistische Exzesse.

11. Gießen, 8. Juli.

Laute Polizeibericht hoch ein heftiger Nationalsozialist bei den gestern Abend stattgefundenen Unruhen auf einen völlig unbeteiligten jungen Handlungsgehilfen, der mit Brustkuch schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er heute mittag an seinen Verletzungen gestorben ist. Der Täter wurde gestern Abend noch verhaftet und in Polizeigewahrsam eingeliefert. Außerdem wurde noch ein Nationalsozialist verhaftet, der im Besitz eines Revolvers war. Auch heute kam es wieder zu Unruhen und Schlägereien in der Stadt, bei denen wiederum geschossen wurde. Die Polizei mußte wiederholt die politischen Gegner auseinanderreiben und sah sich schließlich gezwungen, verheerende Straßen der Stadt für den Verkehr zu sperren. Im Geschäftsviertel wurde, trotz starken Vorkehrs der Redakteur der „Oberhessischen Volkszeitung“ von uniformierten SA-Männern aus einem Kuts herausgeholt und schwer mißhandelt.

Barrikaden.

11. Frankfurt a. M., 9. Juli.

Um heimkehrenden Nationalsozialisten in der vergangenen Nacht den Weg zu verlegen, hatten die Kommunisten an der Altbaustraße im Stadtteil Nied Barrikaden errichtet. Als die Polizei die Barrikaden wegräumen wollte, gaben die Kommunisten 30–40 Schüsse ab, die aber niemand trafen. Die Polizei erwiderte darauf das Feuer und verletzte eine ganze Anzahl Kommunisten. Die leichten Verletzungen wurden von den Leuten mitgeleitet. Drei Schwerverletzte blieben am Platz liegen. Sie kamen ins Krankenhaus. Als dann ein Polizeibeamter das Verkehrsloch der Kommunisten durchschneiden wollte, wurde er sofort beschossen. Einen seiner Gegner trieb der Beamte, der selbst unverletzt blieb, sofort nieder. In dem Barrikaden wurde eine Anzahl Hieb- und Stichwaffen aufgefunden. Die Nationalsozialisten, von denen einige sehr schwer verletzt wurden, fehlten jedoch unter polizeilicher Bedeckung nach Frankfurt zurück.

Ein Kampf zwischen 600 Mann.

11. Schmiedeburg, 9. Juli.

Anlässlich eines von den Nationalsozialisten am Freitagabend in Schmiedeburg abgehaltenen Sturmappells kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten, Angehörigen der Eisernen Front, Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Unruhen dauerten etwa von 9 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Insgesamt wurden 87 Verhaftungen vorgenommen, von denen nur eine aufrechterhalten wurde. Bei einer Durchsuchung des sozialistischen Jugendarbeitslagers wurden Glas- und Eisenwaffen gefunden. An den Schlägereien beteiligten sich etwa 600 Mann. Die Straßen, auf denen sich der Kampf abgespielt hatte, waren stark mit Blut besudelt. Bei zwei von insgesamt 14 Verletzten besteht Lebensgefahr. Von den Reichsbannerleuten wurden 10 verletzt, davon zwei schwerere.

Nationalsozialisten mit antisemitischen Abzeichen.

11. Altona, 9. Juli.

Nach Mitteilung der Polizei wurden in der Nacht zum Sonnabend im Stadtteil Bahrenfeld mehrere Personen getötet, die das Abzeichen des antisemitischen Kampfbundes trugen. Als die Beamten eine Waffen durchsuchung vornehmen wollten, schützten einige der Verdächtigen. Bei zweien, die festgehalten wurden, und bei denen man Schuß- und Hieb Waffen beschlagnahmen konnte, stellte sich heraus, daß es sich um Nationalsozialisten handelte.

Wegen Lösung eines angeblichen Spießels verurteilt.

11. Berlin, 9. Juli.

Das Schwurgericht II verurteilte heute die Mitglieder der SA, Regierungsdirektor Erwin Seibert zu 3 Jahren, den Hotelangestellten Eugen Seibert zu 1 Jahr und den Schmied Hans Wittmann zu 6 Monaten Gefängnis. Die Verurteilten waren angeklagt, mittels hinterlistigen Lockfalls dem früheren Reichsminister Hugo Frey gefährliche Körperverletzungen mit Todeserfolg beigebracht zu haben. — Der seit langer Zeit arbeitslos Frey war durch überhand Redensarten in den Verdacht geraten, ein kommunistischer Spießel zu sein. Die drei Verurteilten hätten es sich vorgenommen, Frey eine „Abreibung“ zu geben, verprügeln ihn in der Nacht zum 4. April in Steglitz und warfen ihn dann über einen steilen hohen Drahtzaun. Frey, der bald seinen schweren Verletzungen erlag, wurde dann am Morgen des 24. April von Eisenbahnbeamten aufgefunden.

Wann der...
Kandidat...
nicht mehr.

Opposition gegen L.

11. Berlin, 10. Juli.

deutschen Dessen Meinung nach ist. Sonst liege aus, und der netztbildung b nicht jedes Wo werden sollen, die NSDAP Horn, daß man gehandelt wurde machte und sie als Äquivalent und Verantwort einer Rundschau am Sonntag, Liard sei mal mehr d in einer Verlan nationalisten er sei von 3 M Lausanne unter den.“ Und bei der Berlin der NSD scharfen Unlage. Wir Nation stift, daß wir beurteilen müßten, um so jage fanaler von Sch wache in heißen, die ma's guthei Verlagen dies durch die in- rücke des Mi dagegen unterno meinte versemu die Sprache gegen steht Betr von diesen Mini verwundete r den. Das Rabin nolen Kongentrat national e je treibt Rotor werden aber maximieren, sten regiert wird. der nationalen O kämpfern Platz seinem Polten ver.

Dr. Götze nicht minder, nach grimmigen Vor freiherrn von C für die national der 25.000 Verle der schönen, in Siegesallee mit Brandenburger Aufmarsch in der Daher die Kamp nationalsozialisti Ablehnung des Schlagenellen fort Fort mit G u und gar nicht gu samme“, erklärte „entspricht nicht len Volkspartei.“ anlassung hat, de Feuer zu holen, den. Im gleiche Brüning, The Zentrumführer Papen, den Dr. „Erfüller der Er telen des Abtom bleibt sonach fürs er damit rechne, teien der Rechten kommt er allein b berechtigt war, in vertrete die g an Parteien in Opp bankpräsident Dr. in einer Rede im wirtschaft der Un vertreter in Lan ausgetäpft. Im Reichsbankpräsi Reichskanzler tele

Mary kandi nicht mehr.

fällt unter den gen, die sie gege aufzuweisen, das lang in vorderster Mary, der fr nicht mehr!